

Initiativantrag der FU Südbaden an den CDU Bezirksparteitag am 28.10.2017 in Höchenschwand.

Die FU Südbaden fordert die CDU Südbaden auf, dafür zu sorgen, dass die Abgeordneten der CDU im Landtag von Baden Württemberg zur zeitnahen Umsetzung des Koalitionsvertrags und damit zur Reform des Landtagswahlrechts verpflichtet werden. Grün-Schwarz hat sich darauf verständigt, ein neues Landtagswahlrecht und damit eine Landesliste einzuführen, die es bisher bei der Landtagswahl nicht gab.

Begründung.

Das klare Ziel der Grün-Schwarzen Koalition war mehr Vielfalt ins Parlament zu bringen. Die Gesellschaft soll im Parlament besser abgebildet werden und damit sollen auch mehr Frauen in den Landtag einziehen können. Dies kann einer Volkspartei wie der CDU nur gelegen sein, zumal die Direktmandate unangetastet bleiben. In den vorangegangenen Diskussionen im Landtag scheint man aber gerade um diese Direktmandate Angst zu haben, was völlig unbegründet ist. Hier müssen unsere Abgeordneten mutiger vorgehen, zumal der Wähler oft nicht versteht, warum es unterschiedliche Wahlsysteme bei den Wahlen zum Bund und den Ländern gibt. Viele Länderparlamente in Deutschland haben deshalb schon umgestellt.

Mindestens 20 stimmberechtigte Delegierte:

| | Nachname, Vorname, Kreisverband, Unterschrift |
|----|--|
| 1 | |
| 2 | |
| 3 | |
| 4 | |
| 5 | |
| 6 | |
| 7 | |
| 8 | |
| 9 | |
| 10 | |
| 11 | |
| 12 | |
| 13 | |
| 14 | |
| 15 | |
| 16 | |
| 17 | |
| 18 | |
| 19 | |
| 20 | |
| 21 | |